Billionen gegen Klima-Katastrophe und Umverteilung nach oben

Zur Abwehr der drohenden Klima-Katastrophe veranschlagt die EU bis 2030 aus ihren Mitteln drei Billionen Euro, „zusätzlich zu den schon geplanten Klima-Ausgaben“. Beim wichtigen Engagement großer Umwelt-Bewegungen und privilegierter Grüner gegen diese auch finanzielle Bedrohung wird oft zu wenig beachtet, dass Menschen in wirtschaftlicher Not hier und heute auch Teil der Natur sind und umweltschädliches Verhalten oft allein schon aus Armut vermeiden, aber nicht noch zusätzlich die Billionen-Lasten für die Abwehr der drohenden Klima-Katastrophe mittragen können. Auch für sie muss das notwendige grüne Engagement für Tiere und Pflanzen gelten. Dies wurde aber in der neoliberalen [1)] „rot“-grünen Koalition mit der Schröder-SPD wohl nur von Jürgen Trittin berücksichtigt, und der musste dafür in den Hintergrund treten. Die Lastenverteilung muss nicht nur „sozial“ erfolgen - nach den Vorstellungen von CDU/CSU/FDP/AfD -, sondern auch erklärtermaßen **„nach Leistungsfähigkeit“.**

Durch die Beschränkung des „Sozialen“ auf das Schlagwort „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ stärkt man den rechten Rand noch weiter, besonders auch bei Wählern, die die Rede vom Staatsozialismus noch im Ohr haben oder von ihren Eltern kennen. Sie können oder wollen nicht realisieren, dass die faschistische Höcke-Kalbitz AfD nach ihrem Wahlprogramm 2017 die Umverteilung nach oben noch weiter verschärfen und sogar die Erbschaft- und Vermögensteuer ganz abschaffen will. Deren deutliche Erhöhung, ihre Befreiung von Aufweichungen bei Groß-Vermögen und die Wieder-Anwendung der Vermögensteuer für Millionen-Vermögen wird aber zur aktuellen Krisenbewältigung in Deutschland am dringendsten gebraucht – neben der Wiedereinführung von Einkommensteuersätze der „Wirtschaftswunder“-Jahre für entsprechende Einkommens-Spitzen - mit erhöhten Einkommens- und Vermögensgrenzen entsprechend der Preisentwicklung. Solche Stufenanpassungen wurde auch gerade zu Lasten der Klein- und Normalverdiener unterlassen und führte für sie zum „Steuerbauch“.

Die Kritik an der unsozialen Lastenverteilung durch diese Umverteilung nach der Formel: „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ gilt umso mehr, als zu den Billionen für die Klima-Rettung nun noch allein in Deutschland viele hundert Milliarden Lasten durch die Corona-Krise kommen. Seit 2009 werden schon die Kleinsparer ebenfalls um viele hundert Milliarden durch die Finanzkrise belastet – insbesondere auf Kosten ihrer privaten Altersvorsorge als Ergänzung der völlig asozialen deutschen Sozial-Renten für Kleinrentner und Dumping-Löhner (sh. Abb. 7). Das führte hier zu Nullzinsen für Staatsschulden, so dass sich der Steuerdiscount von 11 Prozentpunkten für Spitzeneinkommen und weitere Umverteilungen nach oben seit Schröder beibehalten ließ und die GroKo sich trotzdem noch wegen ihrer Rücklagenbildung für schlechte Zeiten loben konnte. Zugleich konnten die Besitzer großen Vermögen stark profitieren, weil wegen der niedrigen Festzinsen ein Boom bei ihren Aktien, Immobilien-Spekulationen usw. ausgelöst wurde.

Für viele Umweltschützern sind die oft verschleierten Zusammenhänge zu unübersichtlich. Von den Schülern bei Fridays for Future kann man auch nicht erwarten, dass sie die finanziellen Hintergründe durchschauen. Aber auch für sie wurde die Verbindung zwischen Umwelt, Finanzen und Wählertäuschung schon nachdrücklich dargestellt, u.a. in den Videos des ethisch positiv vorgeprägten Pastorensohns Rezo. Er kritisiert vielleicht gerade wegen dieser christlichen Vorprägung die CDU/CSU und beklagt in seinen Videos „Die Zerstörung der CDU“, die ihr „Christliches“ selbst zerstört, wie auch in „Die Zerstörung der Presse“ die Täuschung durch die neoliberalen Parteien und Medien. Dabei thematisiert er zugleich auch die Mit-Verursachung der Fake-News von rechts in sozialen Netzwerken durch negative Vorbild bestimmter Medien – in nicht immer „stubenreiner“ Sprache. Aber das fördert evt. die notwendige Reichweite und wurde im zweiten Video weitgehend vermieden.

Diese Videos zeigen, dass Aufklärung nicht mit der Nüchternheit von Emanuel Kant auskommt, sondern von einer Mehrheit auch emotional wahrgenommen werden muss und den „Leib“ erreicht – wie es Phänomenologen sehen, auch wenn sie mit ihren interessanten Fragen nach dem Wesen von „Sein und Zeit“ usw. weniger zu dieser Aufklärung beitragen als die Anhänger von Hegel mit seinem „absoluten Idealismus“ und von Marx, der ihn „vom Kopf auf die Füße“ gestellt hat. Gerade die kapitalstarke Gegenaufklärung nutzt diese Emotionalisierung, wie Rezos „Zerstörung der Presse“ zeigt, wo BILD & Co, aber auch teilweise „seriöse Medien“ wie WELT & FAZ gegen links das Image von der „Lügenpresse“ bestätigen durch ihre Wählertäuschung zu Lasten des Ansehens von Medien, die sich gegen solche Täuschungen engagieren. Dies wird noch bestätigt durch Reaktionen von BILD/WELT/FAZ auf das Rezo-Video.

Andererseits kann eine leibliche „Erkenntnis“ unterhalb der geistigen kurzfristig effektiver sein, z.B. wenn sie sich in Revolutionen entlädt. Aber ohne geistige Aufklärung über die Zusammenhänge folgt durchs „Leibliche“ schnell der Rückfall in teilweise noch schlimmere Zustände - wie nach der Französischen Revolution ins Elend der Industriellen Revolution oder nach der russischen und chinesischen Revolution in den Stalinismus und Maoismus.

In der Ökonomie sprechen deren viele neoliberale Vertreter fast religiös-metaphysisch oder schamanisch von der waltenden „unsichtbaren Hand“ des Marktes, die alles ausrichten werde, und dass man „den Staat in der Badewanne ertränken“ solle, damit alles besser werde. Tatsächlich bringt das erhebliche Vorteile für die Profiteure der Umverteilung nach oben, und das gilt nicht nur für die Groß-Profiteure, sondern für alle, die in ihren Diensten sich selbst und/oder andere täuschen, weil sie vielleicht selbst ein wenig profitieren. Dabei wirken sie mit eigener Überzeugung durch Selbsttäuschung öffentlich glaubhafter und werden so für den Zweck nützlicher. Gerade hier gilt aber der Satz von Lacordaire: "Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit." - *Du Contrat Social“ (sh. http://www.rossaepfel-exkurse.de/Lacordaire.htm).*

Den ökonomischen Teil des Videos von Rezo kann man allerdings ohne detaillierte Vorinformationen bei normaler Geschwindigkeit nicht ohne Weiteres aufnehmen. Rezo selbst meint trotz seines beeindruckenden Durchblicks mit ökonomischem Dilettantismus, dass die Ökonomie weniger Sexy sei, obwohl gerade in dem Streit und den Täuschungen darüber die eigentliche Crux bei der Umverteilung des Volkseinkommens nach oben liegt. Gerade dabei sind die Gier und die Wurzeln des sozialen Übels bei näherem Hinsehen leicht zu erkennen und alles wird nachvollziehbar. Daher werden hier in meine Stoffsammlungs-Website rossaepfel-theorie.de nach langer Abstinenz noch einige Grafiken eingefügt zur Auffrischung für die Klima-Bewegungen mit kurzen Erläuterungen. Der Name der Seite beruht auf der Trickle-down-Theory der Lobbyisten, dass man die Rösser nur genug füttern müsse, damit für die Spatzen hinten auch etwas abfällt.

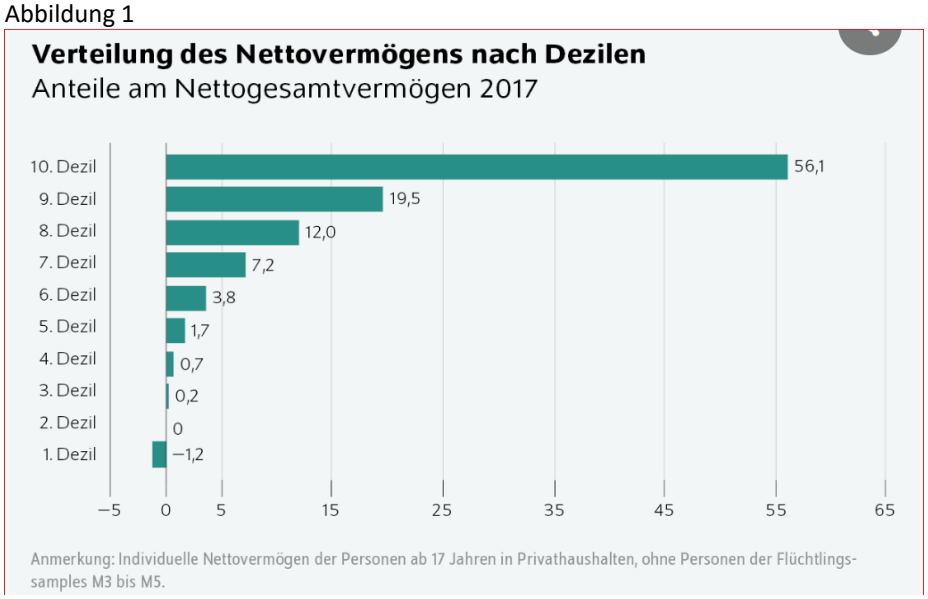
Die Ansätze zu einer sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, halbwegs vernünftigem Sozialsystem, auskömmlichen Renten usw. wurden zunehmend pervertiert in Richtung Raubtierkapitalismus seit den drastischen Steuersenkungen auf Spitzeneinkommen unter Ronald Reagan, dann Margret Thatcher und anschließend auch Schröder und Blair (sh. Abb. 4).

Die stufenweise Senkung des Spitzensteuersatzes um 11% von 53% auf 42% unter Schröder ab dem Jahr 2000 brachte Einkommensmillionären wie seinem Förderer Maschmeyer für jede Einkommensmillion eine jährliche Steuerersparnis von 110.000 €. Damit hatte Maschmeyer die Kosten seiner Anzeigen-Kampagne für Schröder schnell wieder heraus. Er profitiert weiter davon, seitdem er sein Wahlziel erreicht hatte mit dem Slogan „Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse sein“. Bis heute will sich das tonangebende Establishment der SPD nicht wirklich davon distanzieren, aber das größte Lob erntet die SPD dafür von CDU/CSU, die in ihrer „christlichen“ Tradition seit dem Mittalalter die einmal erreichte Umverteilung nach oben zäh verteidigt für ihren Pakt mit der Macht im Staate.

Die Senkung des Spitzensteuersatzes wurde dann teilweise gegenfinanziert durch Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% ab 2007 (sh. Abb. 5), vor allem zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen.

Hier also zunächst die Ergebnisse der Umverteilung nach oben in Deutschland (Abb. 1):
Quelle: DIW Wochenbericht 40 / 2019, S. 735-745, Markus M. Grabka, Christoph Halbmeier

Abbildung 1

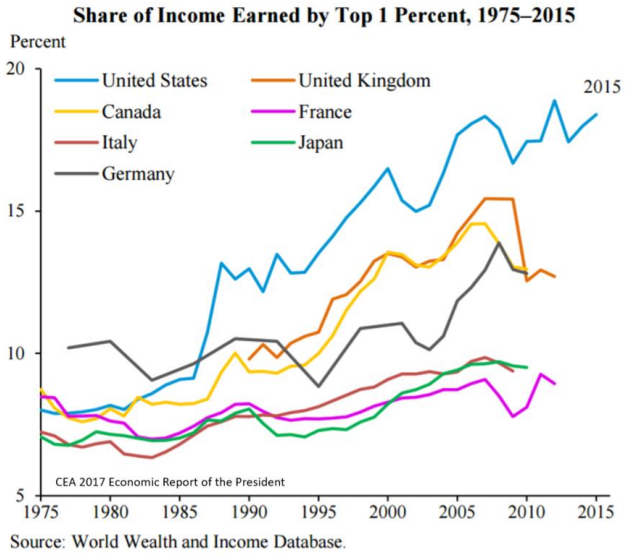


Die persönlichen Ansprüche aus Sozialrenten und Pensionen sind zwar aus der Grafik nicht zu ersehen. Sie würden aber auch ein falsches Bild ergeben, weil sie durch die Rentenzahlung wieder verbraucht werden. Dagegen handelt es sich in

der Grafik um Vermögensbestände, wie sie auch nach Abzug von Erbschaftsteuern bestehen. Im Kapitalismus-Vorreiter USA ist diese Disparität und damit der Trend von der Demokratie zur Plutokratie und Oligarchie noch krasser, obwohl dort die Erbschaftsteuer beim Vererben von großen Firmenvermögen längst nicht so ausgehöhlt ist wie in Deutschland. („Ein Prozent der Amerikaner besitzt 40% des Vermögens“ In Deutschland sind dies „nur“ 18%.) Ein großer Teil der Vermögensbestände ergibt sich auch durch den Wertanstieg von großen Immobilienvermögen, aber auch hieran haben die Klein- und Durchschnittsverdiener keinen großen Anteil.

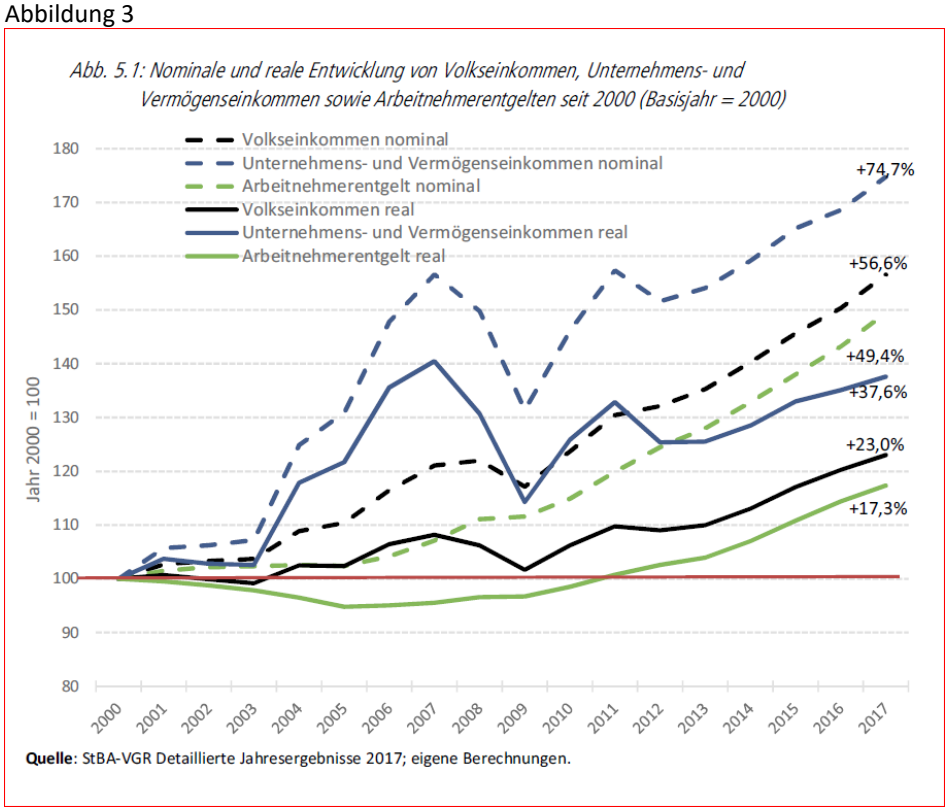
Die Entwicklung der Vermögensverteilung zu den dargestellten Zuständen in Deutschland und einigen anderen Staaten zeigt die folgende Abb.2 (Sh. „World Wealth and Income Database“ en.wikipedia.org/wiki/Economic_inequality):

Abbildung 2



In der folgenden Abb. 3 (5.1) zeigt sich ein Teil der Ursachen für krasse Vermögensentwicklung am Beispiel von Deutschland. Zunächst fällt die disparate Entwicklung der Arbeitsentgelte zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf. (Quelle: **DGB Verteilungsbericht 2018: Löhne, Mieten, Steuern - Schieflage beseitigen!**)

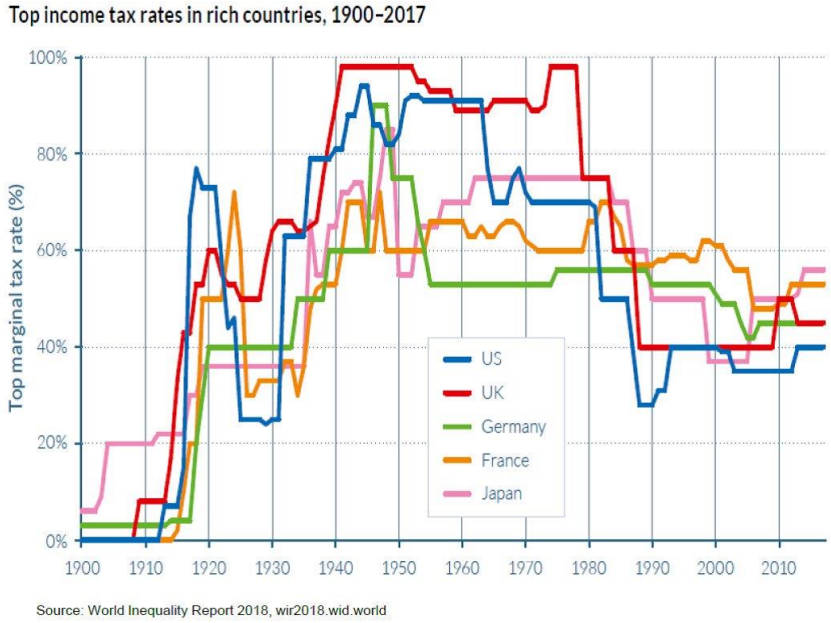
Abbildung 3



Der V-Einschnitt um 2008 in der Kurve der Unternehmens- und Vermögenseinkommen spiegelt den Einbruch der Aktien-Indizes von DAX, Dow Jones usw. durch die damalige Zuspitzung und anschließende Dämpfung der Finanzkrise (auf Kosten der Kleinsparer). Die Entwicklung der Arbeitsentgelte macht nicht deutlich, dass sie noch wesentlich geringer wäre ohne die einbezogenen Einkommen von Best-„Verdienern“.

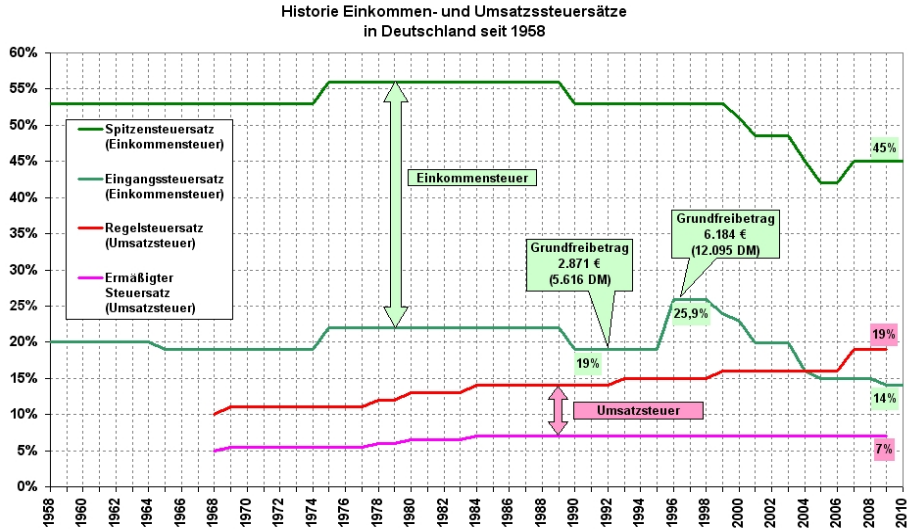
Ein weiterer maßgebender Punkt für die den Wandel von der Demokratie zur Plutokratie und Anhäufung von völlig überdimensionierten Vermögen ist der Steuerwettlauf nach unten mit Potential für Zockerei durch Derivate für die nächste Finanzkrise. Der Verlauf zeigt sich deutlich in der Abbildung 4 von Tomas Piketty, worin dieses Steuerdumping für Spitzeneinkommen dargestellt wird, wie es sich ausgehend von Ronald Reagan über Margaret Thatcher und Schröder-Blair weltweit epidemisch ausbreitete – weniger in Schweden, Dänemark, Frankreich usw. (Abb.6):

Abbildung 4



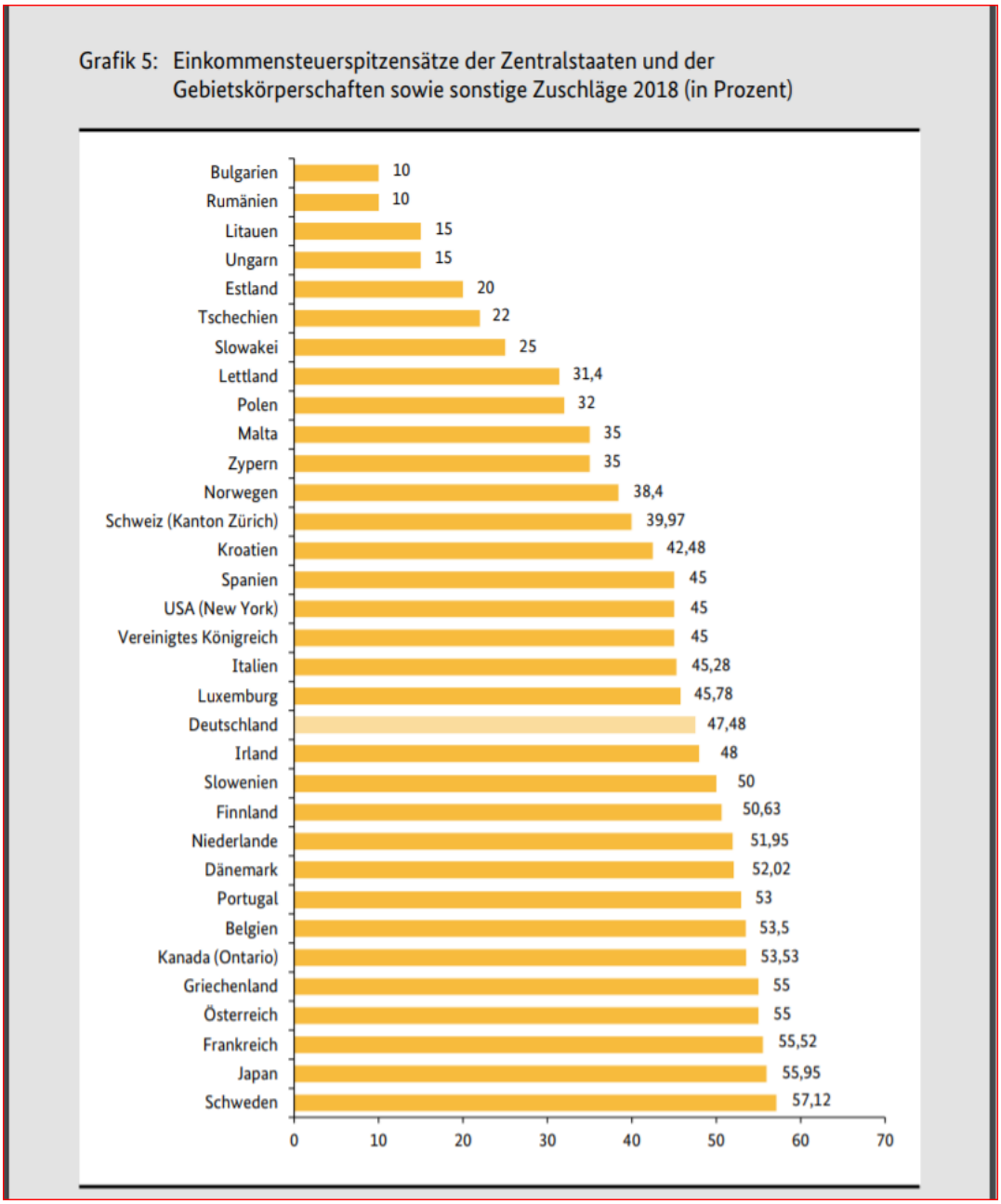
Für Deutschland wirkt diese Absenkung von 2000 bis 2005 für Besserverdiener und Einkommensmillionäre besonders dreist, weil zu ihrer Finanzierung ab 2006 die Mehrwertsteuer nochmals erhöht wurde von 16% auf 19%. Lafontaine war wegen der Auseinandersetzungen mit Schröder über dessen neoliberalen Kurs und Verrat an der Sozialdemokratie bereits zurückgetreten. Andere echte Sozialdemokraten wie Rudolf Dressler und Ingrid Matthäus-Meier wurden weggelobt, aber das Lob für Schröder & Co für diese Umverteilung durch CDU/CSU war groß. Ihre eigene Umverteilungs-Lobby hätten das nicht geschafft, solange Norbert Blüm und Heiner Geisler noch im Amt waren.
Den fatalen Eindruck konnte die erste GroKo nach dem Scheitern der rotgrünen Schröder-Regierung auch dadurch nicht beseitigen, dass sie ab 2007 einen Zuschlag auf den Spitzensteuersatz von 3 Prozentpunkten für Best-„Verdiener“ einführte, aber nur für Jahreseinkommen-Anteile über 250.000 € für Singles und 500.000 € für Ehepaare:

Abbildung 5



Die folgende Grafik in Abb. 6 zeigt am Beispiel von Dänemark, Niederlande, Canada, Österreich, Schweden, dass man mit wesentlich höheren Steuersätzen für Spitzeneinkommen durchaus eine erfolgreiche Wirtschaft führen kann. (Sh. BMF: „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2018, Ausgabe 2019“ Seite 31.):

Abbildung 6:



In Ländern mit sozialer Marktwirtschaft und sozialem Gewissen wie z.B. Dänemark werden auskömmliche Renten fast ausschließlich aus den Steuereinnahmen bezahlt. In Österreich werden zwar zusätzlich noch Sozialbeiträge erhoben, aber auch von Beamten und Selbstständigen. Damit sind die Monatsrenten dort um etliche hundert Euro höher als in Deutschland. Dagegen zahlen in Deutschland auch Geringverdiener die gleichen hohen prozentualen Sozialbeiträge wie besserverdienende Sozialversicherungs-Pflichtige, also mehr als ihre Steuersätze. Die Sozialrentner in Deutschland haben lt. OECD: Renten auf einen Blick 2017, S.113 (Abb.7) trotzdem die geringste Lohnersatzquote aller Industrieländer für Einkommen auf halbem Durchschnittsniveau. Diese Rentenquote beträgt nämlich nur 38,2% in Deutschland, statt 78,4% in Österreich für alle oder z.B. 123,4% in Dänemark, wo auch die Normal- und Besservierdiener mehr als die doppelte Quote von Deutschland haben. Schlechter als Deutschland ist diese Quote in der EU nur noch im frommen Polen mit 31,6% oder weniger:

Abbildung 7

4.2 Bruttoersatzquoten nach Verdienstniveau

	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts für Männer (Frauen falls abweichend)								
	Renteneintrittsalter	0.5	1	1.5		Renteneintrittsalter	0.5	1	1.5
OECD-Länder					**OECD-Länder** *(Forts.)*				
Australien	67	82.8 *(80.0)*	32.2 *(29.4)*	32.1 *(29.3)*	Neuseeland	65	80.0	40.0	26.7
Österreich	65	78.4	78.4	78.4	Norwegen	67	63.6	45.1	36.5
Belgien	65	47.7	46.7	36.4	Polen	65 *(60)*	31.6 *(30.0)*	31.6 *(27.9)*	31.6 *(27.9)*
Kanada	65	54.1	41.0	28.5	Portugal	68	75.5	74.0	72.6
Chile	65	39.1 *(36.9)*	33.5 *(30.3)*	33.6 *(30.4)*	Slowak. Rep.	68	72.3	64.3	62.2
Tschech. Rep.	65	74.1	45.8	36.4	Slowenien	60	44.0 *(46.3)*	38.1 *(40.1)*	36.3 *(38.2)*
Dänemark	74	123.4	86.4	79.5	Spanien	65	72.3	72.3	72.3
Estland	65	62.0	49.7	45.6	Schweden	65	55.8	55.8	64.5
Finnland	68	56.6	56.6	56.6	Schweiz	65 *(64)*	56.0 *(55.4)*	42.1 *(41..8)*	28.5 *(28.2)*
Frankreich	64	60.5	60.5	54.8	Türkei	61 *(59)*	69.9 *(67.0)*	69.9 *(67.0)*	69.9 *(67.0)*
Deutschland	65	38.2	38.2	38.2	Ver. Königreich	68	44.3	22.1	14.8
Griechenland	62	67.4	53.7	49.2	Ver. Staaten	67	48.3	38.3	31.7
Ungarn	65	58.7	58.7	58.7	***OECD***	***65.8 (65.5)***	***64.6 (64.1)***	***52.9 (52.3)***	***48.4 (47.9)***
Island	67	77.6	69.0	67.9					
Irland	68	68.2	34.1	22.7	Argentinien	65 *(60)*	81.7 *(74.0)*	71.6 *(64.3)*	68.2 *(61.1)*
Israel	67 *(64)*	99.4 *(89.7)*	67.8 *(60.0)*	45.2 *(40.0)*	Brasilien	55 *(50)*	85.0	69.5 *(52.9)*	69.5 *(52.9)*
Italien	71	83.1	83.1	83.1	China	60 *(55)*	96.0 *(82.6)*	76.0 *(65.1)*	69.4 *(59.2)*
Japan	65	47.8	34.6	30.2	Indien	58	87.4 *(83.1)*	87.4 *(83.1)*	87.4 *(83.1)*
Korea	65	58.5	39.3	28.7	Indonesien	65	62.1 *(57.8)*	62.1 *(57.8)*	62.1 *(57.8)*
Lettland	65	47.5	47.5	47.5	Russ. Föderation	60 *(55)*	46.1 *(41.0)*	33.7 *(28.6)*	29.1 *(24.1)*
Luxemburg	60	89.5	76.7	72.5	Saudi-Arabien	45	59.6	59.6	59.6
Mexiko	65	34.7	26.4 *(24.8)*	25.1 *(23.5)*	Südafrika	60	32.1	16.0	10.7
Niederlande	71	98.1	96.9	96.5	EU28	65.9 *(65.5)*	69.6 *(69.5)*	58.3 *(58.2)*	54.5

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888933633888

In der aktuellen Großen Koalition betont die SPD zwar immer wieder, dass sie eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für mehr sozialen Ausgleich fordere, aber dabei beschränkt SPD-Finanzminister Scholz seine Forderung gerade mal auf eine Anhebung für Best-„Verdiener“ von 47,5% auf 49%. Ebenso fordert die SPD bei ihrer Respekt-Rente gerade mal ein Minimum von 880 € monatlich, was für soziale Marktwirtschaften wie Dänemark und Österreich eine undenkbare Zumutung wäre. Aber selbst das ist für die „Christlichen“ zu viel.

Die OECD-Grafik als Beleg für den Rentenskandal in Deutschland verwendet auch DIW-Chef Marcel Fratzscher in seinem Twitter Thread von 2019 „Fakt #4“ von 12 Fakten zur Debatte um die Vermögensteuer mit der Bemerkung:

Abbildung 8

Zur Abwehr der Klima-Katastrophe sowie zur Gegenfinanzierung von Corona- und Finanzkrise braucht man neben angemessener Besteuerung von Best-„Verdienern“ und Einkommens-Millionären auch einen Lastenausgleich bei den Großvermögen. Aber die überfällige Heranziehung der unverdienten großen Vermögen für soziale Zwecke ist gegen den „christlichen“ Missbrauch einer Religion und die Jahrtausende alte Kumpanei von weltlicher und geistiger Macht nur schwer durchzusetzen. Dies gilt besonders in Deutschland, wo die CDU/CSU seit Anbeginn fast immer an der Regierung beteiligt war. So steht Deutschland fast am Tabellen-Ende einer Aufstellung über den Anteil „vermögensbezogener Steuern“ am Brutto-Inlandsprodukt, wie die aufschlussreiche Grafik aus 2013 der Ökonomin Margit Schratzenstaller zeigt, die DIW-Chef Marcel Fratzscher in sein Buch „Verteilungskampf“ aufgenommen hat. Sie wird hier ebenfalls zitiert nach seinem Thread auf Twitter vom August 2019 zu der gesamten Problematik. Man sieht dort, dass die Besteuerung von „unbeweglichem Vermögen“ in Großbritannien, Frankreich, Kanada und den USA um die 3% des BIP erbringt, in Deutschland aber nur knapp 0,5%. Auch die Besteuerung des gesamten Nettovermögens ist in den aufgelisteten Staaten fast überall höher als hier, wo sie mit fast Null ausgewiesen ist. Ebenso ist der BIP-Anteil aus der Erbschaft- und Schenkungssteuer in Deutschland minimal, weil man gerade für große Vermögen hohe Ausnahmen eingeführt hat. Wegen dieser Aushöhlung würde ein internationaler Vergleich nach Steuersätzen auch keinen Sinn ergeben.

Abbildung 9

Bei der Abwehr der Klima-Katastrophe wie auch der Corona- und Finanzkrise geht es also nicht nur um „sozial gerechte“ Krisenbewältigung, sondern um **Krisenbewältigung „nach Leistungsfähigkeit“**.

Neben der Rückkehr zu den Steuersätzen der Wirtschaftswunderjahre für Einkommensspitzen von z.B. über 100.000 € erfordert das auch die Wiederanwendung einer spürbaren Vermögensteuer, die besonders wegen falscher Bewertung des Grundvermögens ausgesetzt wurde. Zumindest braucht man eine einmalige Vermögensabgabe auf Großvermögen nach dem Muster der Lastenausgleichsabgabe, die dann auch über z.B. 30 Jahre verzinslich abgezahlt werden kann und vom Staat durch Kredit vorfinanziert wird. Diese Alternativen werden auch genannt in einem Video-Interview mit Stefan Bach, dem Steuerexperten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Außerdem sind endlich die riesigen Steuer-Schlupflöcher in Steuer-Vermeidungs-„Oasen“ zu schließen und eine unverfälschte Finanztransaktionssteuer für den Derivate- und Millisekunden-Handel einzuführen, mit dem Zocker die gefährlichen Finanz-Turbulenzen auslösen.

1) Der Begriff „Neoliberalismus“
wird hier und jetzt allgemein im Sinne von „Umverteilung nach oben“ verwendet. Dies wird in der deutschen Wikipedia nicht immer klar, weil neoliberale Lobbyisten, womöglich von der INSM und anderen Gruppen, immer wieder aufs Neue versuchen, die Kritik an dieser Umverteilung in der Wikipedia zu verwässern, u.a. durch mehr oder weniger willkürliche historische Bezüge. Ein typisches Beispiel ist auch die „Trickle-down-Theorie“ (= Rossaepfel-Theorie), die ich dort anfangs mal bearbeitet habe. Deshalb habe ich mal vor etlichen Jahren Wikipedia-Artikel zum Neoliberalismus aus verschiedenen Sprachen ins Deutsche übersetzt und gespeichert unter https://www.rossaepfel-exkurse.de/.

Version vom 15. Juni 2020
Alf Suletzki